

Der Ausschussvorsitzende begrüßte einleitend Frau Lindlar von der Rhein-Sieg-Abfallgesellschaft aus Siegburg, Herrn Hein von der RSEB Rhein-Sieg Erdendeponiebetriebe GmbH aus Siegburg sowie Herrn Scholle von der plan-lokal GbR aus Dortmund. Der Vorsitzende machte deutlich, dass alle Beteiligten intensiv an diesem Prozess mitgearbeitet hätten und dass man jetzt gespannt auf die Ergebnisse sei.

Herr Gleß erklärte, dass er es positiv werte, dass es erstmals in der Historie des Deponiegeländes gelungen sei, ein Gesamtkonzept über deren Zukunft zu erstellen. Auch sei er froh darüber, dass die Ergebnisse dieses Prozesses hier erstmalig präsentiert würden. Es seien Vertreter der Fraktionen und Fachleute aus der Wirtschaft, aber auch die Bevölkerung involviert gewesen. Das Ganze sei das Ergebnis eines bilateralen Gespräches, das die Handschrift aller an diesem Planungsprozess Beteiligten trage. Was inhaltlich vorgelegt worden sei und hier heute präsentiert werde, treffe in vollem Umfang seine Zustimmung. Das Areal solle nicht nur auf die Abfallentsorgung beschränkt, sondern auch seine nutzungsbedingten Ansprüche berücksichtigt werden. Bei der Rahmenplanung habe man es nicht nur mit der Energiewirtschaft zu tun, sondern auch mit vielen anderen Aspekten aus Natur und Gewerbe. Auf diesem Areal sei in der Vergangenheit etwas Positives bewegt worden, nämlich die Entsorgung, welche der Öffentlichkeit zu Gute gekommen sei und auch künftig werde. Man könne ihr aber jetzt etwas zurückgeben, was man bei Einrichtung dieses Areals genommen habe.

Weiter führte Herr Gleß aus, dass das Areal ja nicht immer eine Mülldeponie gewesen sei, sondern ursprünglich eine Grünfläche. Wenn denn künftig eine Nutzbarkeit durch die Bevölkerung möglich sein sollte, sei hier das öffentliche Interesse sehr groß. Ein Grund mehr, dieses Vorhaben voranzutreiben. Die heutige Präsentation erhalte der UPV zunächst zur Kenntnis. Beabsichtigt sei es, dem Ausschuss in seiner nächsten Sitzung eine Sitzungsvorlage unter Berücksichtigung möglicher Einwendungen und Bedenken zur Beschlussfassung vorzulegen. Weiter sei beabsichtigt, zwischen der Stadt, der RSAG und dem Rhein-Sieg-Kreis eine Vereinbarung zu treffen, eine Art Kommuniké, um festzulegen, wie weiter verfahren werden müsse, um diese Rahmenplanung auch umzusetzen. Der Entwurf dieser Vereinbarung werde derzeit erstellt. In Vorbereitung auf die nächste Ausschusssitzung werde die Verwaltung diese an die Fraktionen senden mit der Bitte, dazu Stellung zu nehmen und Anregungen abzugeben, um dann im nächsten UPV den Beschluss fassen zu können.

Herr Gleß erinnerte daran, dass auch die planungsrechtlichen Aspekte zu berücksichtigen seien. Zum einen bestehe ein rechtskräftiger Flächennutzungsplan, der 2009 von der Bezirksregierung genehmigt worden und anhand dessen zu klären sei, ob die Grenzen des Areals für das Vorhaben ausreichend seien. Des Weiteren werde bereits im Jahr 2016 mit den Arbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Köln begonnen. Das Schreiben der Bezirksregierung sei in der vergangenen Woche in der Verwaltung eingegangen. Der Regionalplan sei dem Flächennutzungsplan vorgeschaltet. Hier gehe es darum, zusammen mit der RSAG und der Kreisverwaltung die beschlossenen Inhalte der Rahmenplanung mit in diesen Prozess einzubinden.

Herr Scholle stellte sodann anhand eines Power-Point-Vortrages die Ergebnisse des Moderationsprozesses vor und erinnerte einleitend an die vielen notwendigen Gespräche, die zu diesem Prozess geführt hätten. In diesem Vortrag solle nochmals die Ausgangslage dargestellt werden mit den Zielen, die formuliert worden seien sowie der Ablauf des Prozesses. Anschließend werde das Ergebnis vorgestellt und es bestehe die Möglichkeit zur Diskussion.

Anmerkung:

Der Powerpointvortrag ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Das Deponiegelände umfasse eine Größe von ca. 35 ha. Hinzu kämen nochmal 20 ha für die Tongrube in Niederpleis im Süden des Geländes. Es gebe Veränderungen in den Nutzungsanforderungen im Bereich der Abfallwirtschaft. Darauf reagiere die RSAG mit der Verlagerung des Entsorgungsschwerpunktes von Deponierung hin zur Verbrennung und zum Recycling auf stromspezifischen Behandlungsanlagen. Das Geschäft der RSAG habe sich in der Vergangenheit verändert und passe sich auch in der Zukunft den aktuellen Anforderungen an. Heute gehe es hier ausschließlich um die Lagerung von mineralischen Bau- und Reststoffen, d.h. die Benutzung der Fläche habe sich sehr stark verändert.

Herr Scholle beschrieb die Ausgangssituation des Areals. Der Standort biete aufgrund seiner Lage und seiner Erschließung enorm viele Möglichkeiten. Er liege an 2 Autobahnen mit direktem Autobahnanschluss. Im Kontext zu den Beschlüssen des Bebauungsplans an der Langstraße gebe es auch Forderungen nach der Entwicklung eines Gesamtkonzeptes. Um zu vermeiden, über mehrere Jahre viele Einzelentscheidungen treffen zu müssen, sei dieses Gesamtkonzept entwickelt worden. Direkt an der Autobahn liege das Kompostwerk, weiterhin die Mineralstoffdeponie. Im nordwestlichen Bereich des Grundstückes liege der in Planung befindliche Verwaltungssitz der RSAG, aber auch hier die Zukunft der Altkleidersortierung, Lagerung von Baustoffen usw.. Weiterhin beinhalte das Areal eine Sickerwasserbehandlungsanlage sowie eine Deponiegasverstromung.

Es sollte ein abgestimmtes Nutzungskonzept in einem kommunikativen Prozess erstellt werden. Vorrangig sei gewesen, den Standort aus seinen Potentialen heraus zu entwickeln. Aber auch die wirtschaftlichen Belange seien vorrangig gewesen. Nicht nur die Aspekte des Naturschutzes sollten geschützt und bewahrt werden, sondern man habe sich auch die Frage gestellt, was der Bevölkerung zu Gute kommen könnte.

Im Prozess seien Gespräche mit allen im Rat der Stadt Sankt Augustin vertretenen Fraktionen geführt worden, um die politischen Sichtweisen und Standpunkte kennenzulernen. Denn die Politik sei verantwortlich dafür, was in der Bürgerschaft geschehe. Und daher sei es plan-lokal ein wichtiges Anliegen gewesen, die Politik mit einzubeziehen. Es sei aber auch darum gegangen, sich mit Experten aus der Stadtverwaltung auszutauschen, die sich mit der Weiterentwicklung dieses Areals beschäftigen. Auch mit Vertretern der Kreisverwaltung sei gesprochen worden, um auch von hier möglichst viel Sachverstand aufgreifen zu können. Zudem sei man auch mit vielen privaten Akteuren im Bereich Forschung und Naturschutz, mit der Bevölkerung, der Hochschule Bonn/Rhein-Sieg und der Energiewirtschaft in Kontakt getreten, um herauszufinden, was die möglichen Zukunftsthemen seien.

Um die Belange der Bevölkerung zu würdigen, habe man ein Bürgerforum veranstaltet und mit den direkten Anliegern einen Spaziergang über das Areal absolviert, um all das vor Ort zu diskutieren, was für die Bürgerinnen und Bürger wichtig sei und was sie sich für diesen Standort wünschen. Angefangen habe man damit, über den Prozess zu informieren und so eine große Transparenz demonstriert. Es sei aufgezeigt worden, was geplant sei, welches die weiteren Schritte seien und wie eine Beteiligung an diesem Prozess möglich sei. Es ging darum, die Interessen abzufragen, aber auch gleichzeitig die Ideen und Vorstellungen zu sammeln. Aus der Bürgerschaft habe man 15 Schlüsselgespräche mit Einzelpersonen und Gruppen geführt.

Im nächsten Block sei es darum gegangen, den Ideen und Vorstellungen Raum zu geben. Man habe herausfinden wollen, was für die Weiterentwicklung dieses Areals aus Sicht der Akteure denkbar sei. Dazu habe es auf fachlicher Ebene 3 Veranstaltungen gegeben in Form eines Akteurs-, eines Planungs- und eines Politikworkshops mit allen genannten Aktiven. Die Ergebnisse habe man dann mit der Bevölkerung diskutiert, die ein großes Interesse am Bürgerforum gezeigt hätten. In Gesprächen mit der Bevölkerung sei herausgeklungen, dass das

Verhältnis der Bürger zur RSAG seitens der Bevölkerung als sehr positiv angesehen werde und so eine gute Nachbarschaft entstehen könne. Mit der Offenheit und Transparenz in diesem Prozess habe man zeigen wollen, dass nicht über die Köpfe der Bevölkerung hinweg entschieden werde, wie das Areal sich weiterentwickeln könne. Sondern Ziel sei es gewesen, diese mit in den Prozess einzubinden, was dessen großen Zuspruch gefunden hätte.

Aus den Workshops heraus hätten sich viele Informationen ergeben. Es seien verschiedene Themenfelder genannt worden, die Bausteine dieses Konzeptes seien. Die Themen zu Freizeit, Gewerbe, Energiegewinnung, Forschung, Recycling, aber auch das Image des gesamten Areals als Deponie hätten dabei im Vordergrund gestanden. Das Image der Fläche sei gerade für die Nachbarschaft prioritär. Es sei aber auch in den Gesprächen klar geworden, dass man hier die Chance habe, auf diesem Areal Zukunftsthemen umzusetzen. Das Thema Recycling sei ein Zukunftsthema, aber auch der Bereich Energie zähle dazu. Der Energiebereich sei sowohl für den gewerblichen Bereich als auch für die Forschungsbereich relevant. Die Hochschule Bonn/Rhein-Sieg habe ein großes Interesse an diesem Thema gezeigt, um sich möglicherweise auch an diesem Standort zu engagieren. Aber auch der Bereich Naturschutz sei für die Zukunft ein sehr wichtiges Thema. Es sei darum gegangen, diese Themenfelder alle in diesem Prozess zu berücksichtigen.

Die Überlagerung der Arbeitsergebnisse verdeutliche, dass sowohl die Themen Energie, Gewerbe und Forschung als auch die Themen Umwelt und Natur auf Akzeptanz bei den Teilnehmern der Workshops gestoßen sei. Weiterhin seien teils identische Suchräume und bedeutsame Verbindungen skizziert worden. So eine Grün- und Biotopvernetzung zwischen der Tongrube Niederpleis und der Siegaue bzw. dem Pleisbachtal und dem Waldgebiet östlich der A3. Es sei zudem angeregt worden, Grünbrücken über die beiden Autobahnen zu errichten bzw. Ausgleichsmaßnahmen vor Ort durchzuführen. Eine von den Bürgerinnen und Bürgern sehr stark geforderte Radwegeverbindung vom Pleisbachtal aus nach Buisdorf quere als Landschaftskorridor das Deponiegelände diagonal und könne ggfls. mit freizeitrelevanten Elementen ausgestattet werden. Der Bereich nördlich der Kompostierungsanlage, welche nach wie vor aufgeschüttet werde, solle langfristig entwickelt werden. Eine reine Energiegewinnung mittels Photovoltaik sei für den nördlichen Bereich des Areals vorgeschlagen worden. Die Energiegenossenschaften hätten sich hierfür eine möglichst zeitnahe Entwicklung gewünscht, um die erneuerbaren Energien in die Region zu bringen.

Das, was sich hier ganz plakativ in der Überlagerung zeige, habe man seitens plan-lokal präzisiert und in diese Form gebracht. Hier sehe man also nur in etwas präzisierter Darstellung die Biotopvernetzungsstrukturen und die Korridore. Die seien aber nochmal ergänzt worden mit den Clustern Freizeit, Energie und Forschung, die auch hier berücksichtigt werden müssen. In diesem Bereich habe man auf jeden Fall eine Zukunfts-perspektive. Es werde zwar noch ein paar Jahre dauern, bis man auf dieser Fläche aktiv werden könne. Damit das aber, was sich alle Akteure erhofft haben, auch umgesetzt werden könne, müsse man sich überlegen, ob man schon in den nächsten Jahren die ersten Schritte realisieren könne, damit das, worauf die Bürgerinnen und Bürger warten, nicht erst in 15 Jahren passieren werde. Da müsse man schon erste Schritte früher in Bewegung setzen. Wie das im Detail aussehen werde, müsse man dann noch in einem detaillierten Abstimmungsprozess klären.

Zusammenfassend erklärte Herr Scholle, dass Anspruch und Erwartung zum guten Schluss sehr groß gewesen seien auf das, was den Standort, aber auch die Stadt nach vorne bringe, was Zukunftsthemen aufgreife und hier modellhaft an diesem Standort umgesetzt werde.

Herr Gleß sagte, als er damals ein Gesamtkonzept für das RSAG-Gelände gefordert habe, sei ihm klar gewesen, dass unterschiedlichste Interessen aufeinander stoßen würden. Herr Scholle

und seine Mitarbeiter hätten es aber geschafft, den gesamten Prozess so zu kommunizieren und zu vermitteln, dass daraus etwas Großes und Ganzes entstehen konnte, so dass Herr Gleß heute davon überzeugt sei, dass die Schnittmenge zwischen allen Beteiligten so groß sei, wie er es nicht erwartet habe. Das sei ein Verdienst von plan-lokal und dafür dankte Herr Gleß Herrn Scholle.

Der Ausschussvorsitzende erklärte, dass sich dieser Aussage der gesamte Ausschuss anschließen werde. An dieser Stelle begrüßte er Frau Decking von der RSAG Siegburg, die aufgrund eines beruflichen Termins den Sitzungssaal verspätet betrat.

Herr Puffé stimmte im Namen der CDU-Fraktion der Aussage von Herrn Gleß zu. Es sei ein sehr transparenter Prozess gewesen, der sehr strukturiert und intensiv gewesen sei. Die Interessen verschiedener Akteure hätten gebündelt werden müssen. Er betonte, dass die Bürgerinnen und Bürger im Umfeld der Deponie in den vergangenen Jahrzehnten viel hätten ertragen müssen, als diese noch aktiv betrieben worden sei. Im Prozess sei die Realisierung des Gesamtkonzeptes als sehr angenehm empfunden worden und bringe die Fraktion einem lang gehegten Ziel näher. In der Vergangenheit hätten viele Entscheidungen in diesem Gremium schnell getroffen werden müssen, was auch immer bemängelt worden sei. Dieses Gesamtkonzept bringe Planungssicherheit sowohl für die RSAG auf dem Gelände als wichtiger Arbeitgeber in unserer Region, aber auch für die Politik und die Bürgerschaft. Jetzt sei zu überlegen, wie dieses Konzept umgesetzt werden könne. Wie von Herrn Gleß erwähnt, werde der Politik für die nächste UPV-Sitzung eine Sitzungsvorlage zur Beschlussfassung vorgelegt. Herr Puffé bat darum, die Unterlagen den Fraktionen frühzeitig zukommen zu lassen, um ausreichend Gelegenheit zu haben, sich mit diesem wichtigen Thema zu befassen.

Herr Köhler von der Fraktion AUFBRUCH! erinnerte an seine Anfangszeit im Rat, als man sich nur mit Prozessen der RSAG befasst habe. Jetzt habe man das komplette Gegenteil. Man habe ein konsensorientiertes Verfahren vorliegen, was er als sehr positiv bewerte. Ein solches Verfahren, in dem es zum Konsens kommt und nicht zu Auseinandersetzungen, sei weniger stressig. Von daher sei dieses Verfahren ausdrücklich zu loben. Auf den ersten Blick sähen die Ergebnisse für die Fraktion Aufbruch! sehr gut aus. Die damit verbundenen Visionen, die Herr Scholle aufgezeigt habe, seien für den Wissensstandort Sankt Augustin passend. Es bleibe die Hoffnung, dass dies auch so realisiert werden könne. Wichtig für die Anwohner sei die Radwegeverbindung quer über das Deponiegelände, um die Verbindung zwischen Buisdorf und Niederpleis aufzuzeigen. Es bestehe aber der Bedarf, entlang der L121 mit dem Fahrrad zu fahren. Und auch die Anbindung von Niederpleis zur Aldi-Filiale nach Buisdorf sei sehr schwierig. Hier gelte es, diese Lücke noch zu schließen. Das Fazit sei ein transparenter und gelungener Prozess, für den er sich bedanke.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprach das Thema Gewerbe im Politikworkshop an, wo er schon seinerzeit darauf hingewiesen habe, dieses Thema nicht zu hoch aufzuhängen. Die Premiumfläche von der Lage und der Möglichkeiten werde das Areal nicht sein. Die Planung von plan-lokal gehe mit dieser Ausgangslage bestmöglich um. Er betonte, dass bei der damaligen Ansiedlung der RSAG den Menschen diese Fläche genommen worden sei. Ziel müsse es sein, diese Fläche wieder für die Menschen nutzbar zu machen. Mit Rücksicht auf die Umwelt werde das Thema Biotopvernetzung sehr gut dargestellt. Dieses Thema könne aus Sicht seiner Fraktion nicht hoch genug angesiedelt werden. Wichtig sei in der Tat die Wegeverbindung, weil sie die Verbindung von Niederpleis zu Buisdorf bilde. Dadurch werde diese Fläche für die Bürgerinnen und Bürger wieder belebbar und begehbar. Für die Hennefer Bürgerschaft sei ein Anschluss Richtung Geistingen sicherlich sehr reizvoll. Da sollte man bzgl. des Kreisradwegekonzeptes noch mal mit dem Kreis Kontakt aufnehmen.

Schlussendlich dankte er Herrn Scholle sowie der Stadtverwaltung und der RSAG für den vorbildlichen Prozess.

Auf die Frage von Herrn Metz nach einem Vertragsabschluss zur Umsetzung des Prozesses und einem Zeit- und Maßnahmenplan antwortete Herr Gleß, dass zwischen der RSAG, der Stadt Sankt Augustin und dem Rhein-Sieg-Kreis eine Vereinbarung geschlossen werde, eine Art Kommuniqué, mit dem Inhalt, wie der Prozess umgesetzt werden könne. Es solle aufgezeigt werden, wo die Rechten und Pflichten derjenigen seien, die an dieser Rahmenplanung beteiligt seien. Dies beinhalte auch einen Zeit- und Maßnahmenplan. Ein Entwurf dieses Kommuniqués liege bereits vor und werde derzeit zwischen der RSAG und der Stadt abgestimmt. Sobald dies abgestimmt sei, würde es den Fraktionen zugehen mit der Bitte, Anregungen und Einwendungen vorzubringen, um im nächsten UPV das Gesamtkonzept und das Kommuniqué zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Ausschussvorsitzende dankte Herrn Scholle für seinen ausführlichen Vortrag und auch Frau Decking für Ihre Anwesenheit.